AKTUELLE INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS 195 UND DEM BUNDESTAG VON MdB PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN

KAUFMANN Aktuell

Herbst/Winter 2023/24

KEHRTWENDE MIGRATION?
Wie glaubwürdig ist sie?
Seite 2

KEIN EINSEHEN
Mein Antrag zur Virenforschung
Seite 3

CHAOSTAGE IN HERMSDORF
Land lässt Kommunen im Stich
Seite 7

VERFASSUNGSBRUCH

Tricksereien der Ampel vor dem Aus

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November 2023 ein historisches Urteil gefällt. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurde der Haushalt einer Bundesregierung wegen Verfassungswidrigkeit für nichtig erklärt. Damit fehlen der Ampel auf einen Schlag mindestens 60 Milliarden Euro. Und das ist nur der Anfang.

Dass ausgerechnet das in den letzten Jahren eher regierungstreue Bundesverfassungsgericht der Ampel den Boden unter den Füßen wegziehen würde, damit hatten sicher die wenigstens gerechnet. Doch der Haushalt 2022 war derart eklatant verfassungswidrig, dass ihnen gar keine andere Wahl blieb. Ein Umstand auf den die Alternative für Deutschland übrigens bereits während der Haushaltsberatungen für 2022 mit großem Nachdruck hingewiesen hatte. Aber was wissen diese rechten Schwurbler schon? Eine ganze Menge mehr als die rot-grüngelbe Bundesregierung jedenfalls, wie wir heute schwarz auf weiß haben.

Was war genau passiert? Die Ampel war mit zwei Parteien gestartet, deren Ziele kaum vereinbar schienen. Die FDP mit ihrem Bekenntnis zur Schuldenbremse und ihrer klaren Ablehnung von Steuererhöhungen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite die Grünen, die immer mehr Geld für ihre utopischen Klima- und Transformationspläne forderten. Das konnte nach menschlichem Ermessen gar nicht zusammengehen.

Doch da kam man auf einen pfiffigen Gedanken. Aus 2021 war noch eine Menge Geld übrig aus dem üppig ausgestatteten Coronafonds. Eben jene 60 Milliarden Euro. Kein Guthaben wohlgemerkt, sondern lediglich als Ermächtigung in dieser Höhe Schulden aufzunehmen.

Schade um das schöne Geld, dachte man sich. Wenn wir schon mal vom Parlament einen solchen Freibrief bekommen haben, verschleiernd Sondervermögen oder Fonds genannt, warum nehmen wir das nicht, um die Wunschträume der Grünen zu befriedigenden? Und so hat man die 60 Milliarden kurzerhand in den neuen Klima- und Transformationsfonds übertragen.

„Übersehen“ hatte man dabei offenbar, dass ein Haushalt laut Grundgesetz immer nur für das Jahr gilt, für das er verabschiedet wurde. Zusätzlich „übersehen“ hatte man zudem, dass die enormen Schulden, die zur Bewältigung der selbstgemachten Corona-Krise vom Parlament genehmigt worden waren, nur deshalb verfassungsgemäß waren, weil es sich um eine „besondere Notlage“ handelte. Das war damals eigentlich jedem klar, der nicht in der Regierung saß. Die aber dachte offenbar, sie kommt damit durch.

Nun hat das Bundesverfassungsgericht diesem verantwortungslosen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler überdeutlich einen Riegel vorgeschoben. Und die Folgen werden gravierend sein. Es fehlt nun nicht nur das Geld für die Klimaagenda der Grünen. Es wäre ja durchaus zu verschmerzen, wenn für grünen Unsinn keine neuen Schulden aufgenommen werden. Inzwischen gilt aber als ausgemacht, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch die 200 Milliarden aus dem Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) - Scholz’ sogenannter Doppel-Wumms - betrifft.

In diesem WSF sind aber unter anderem die Mittel zur Stabilisierung der Energiepreise, Energiepreisbremse genannt, enthalten. Das bedeutet, dass in Kürze die wahnwitzige Energiepolitik der Ampel voll auf die Verbraucher durchschlagen wird. Das Auslaufen der Energiepreisbremse zum Ende diesen Jahres wurde bereits angekündigt. Was das für den sozialen Frieden und die Wirtschaftslage bedeutet, kann man sich lebhaft vorstellen.

Doch wer nun denkt, damit wäre die Rückkehr zu solider Haushalts- und Wirtschaftspolitik eingeläutet, der irrte. Stattdessen verfällt man nun auf die nächste Trickserei und will rückwirkend für 2023 eine Notlage erklären, um so erneut die Schuldenbremse auszuhebeln. Eine Notlage in 2023, die man erst bemerkt, wenn das Jahr praktisch vorbei ist. So viel zur Logik der Ampel.

Dass die FDP mit Finanzminister Lindner, die sich immer als Hort von Stabilität und Vernunft darstellt, bei derartigen Tricksereien nicht nur mitgemacht hat, sondern nun auch noch hilft, sie zu verstetigen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand dieser Partei. Offenbar will man doch lieber schlecht als gar nicht regieren.

Inzwischen müsste wirklich jedem klar sein, dass diese Regierung es einfach nicht kann, sich sehenden Auges über das Grundgesetz hinwegsetzt und uns alle in den Ruin treibt, wenn dem nicht endlich ein Ende gemacht wird.

Die AfD steht bereit, Verantwortung zu übernehmen und es besser zu machen. Unsere Finanz- und Haushaltspolitiker sind ausgewiesene Fachleute und haben frühzeitig vor diesem Desaster gewarnt.

Bei den jährlichen Haushaltverhandlungen zeigt die AfD zudem regelmäßig mit einer Fülle von Vorschlägen und Anträgen, wie man Prioritäten setzt und ein solider Haushalt zu gestalten ist. Denken Sie daran, wenn Sie im nächsten Jahr Ihre Kreuze bei den bevorstehenden Wahlen machen. Unser Land hat wahrlich Besseres verdient als solche Hasardeure.

Die AfD ist bereit

Inzwischen werden die Schäden verfehlter politischer Entscheidungen durch CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne für alle offenbar. Völliges Versagen bei Wirtschaft, Migration, Bildung, Infrastruktur und Energieversorgung stehen für den Niedergang des Landes. Lange ist es gelungen, das Scheitern durch Propaganda und Finanzspritzen zu vertuschen. Einer der größten Posten dabei ist die schuldenfinanzierte „Energiepreisbremse“, die das Scheitern der Energiepolitik verdecken soll. Doch die Trostpflaster gehen aus.

Die Regierung hat willentlich einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt. Experten haben gewarnt, aber die Ampel zieht das Hütchenspiel durch. Das ist Delegitimierung des Staates durch die Regierung. Staatsorgane können sich nur selbst delegitimieren – und das ist geschehen. Wie sollen die Bürger Vertrauen in die Regierung haben, wenn diese offen das Grundgesetz bricht. Wo ist der Verfassungsschutz, wenn man ihn braucht? Die Regierung aus Grünen, SPD und FDP gehört in den Verfassungsschutzbericht.

Die Ampel ist nun am Ende. Wenn es kein vorzeitiges Ende der Koalition gibt, dann werden wir jetzt letzte verzweifelte Versuche erleben, irgendwie das Ende der Wahlperiode zu erreichen. Mauterhöhung, CO2-Steuererhöhung und die Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie sind die Vorboten der Belastungen, mit denen die Bürger nun ausgequetscht werden. Ein Scheitern der irrsinnigen Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik soll aus Ampelsicht unbedingt vermieden werden – koste es, was es wolle.

Die AfD fordert ein sofortiges Ende der gescheiterten und verfassungsbrüchigen Ampelregierung. Neuwahlen jetzt! Je eher die Ampelpolitik korrigiert wird, desto geringer fallen die Schäden aus.

Die AfD ist bereit.

Lassen Sie sich durch die miesen Nachrichten aus der Politik die Stimmung nicht verderben.

Ihr Michael Kaufmann

10 Punkte für Deutschland

Das Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung

Immer wieder hört man den Vorwurf, die AfD würde nur meckern und habe gar keine Antworten auf die drängenden politischen Fragen. Das stimmt natürlich nicht. Zu allen Politikfeldern haben wir umfangreiche Konzepte erarbeitet, die Deutschland eine bessere Zukunft mit Sicherheit und Wohlstand für alle garantieren würden. Noch fehlt uns die Gelegenheit sie umzusetzen. Aber das kann sich schon bald ändern. **Mehr dazu auf Seite 2.**

Kehrtwende bei der Migration?

Wie glaubwürdig ist das?

Verfolgt man in diesen Tagen die Presse oder die Debatten im Bundestag dann traut man seinen Augen und Ohren kaum. Plötzlich überschlagen sich alle, die die Gefahren und Probleme der Massenzuwanderung bis vor ein paar Wochen noch geleugnet hatten, in Aktivismus, um die ungezügelte Migration einzudämmen.

Nun wäre das ja trotzdem zu begrüßen, wenn die Beschlüsse des Bund-Länder-Gipfels, den Kanzler Scholz pathetisch als „historischen Moment“ bezeichnete, denn tatsächlich den Schutz unserer Grenzen wiederherstellen und zu konsequenter Rückführung abgelehnter Asylbewerber führen würden. Dann wäre immerhin etwas gewonnen und man könnte sagen: AfD wirkt.

Doch da bleibt die Ampel, wenig überraschend, weit hinter ihren vollmundigen Ankündigen zurück. Statt effektivem Grenzschutz und einer umfassenden Rückführungsoffensive wurde vor allem beschlossen, dass Länder und Kommunen mehr Geld bekommen sollen, um den massenhaften Ansturm in die Sozialsysteme zu bewältigen. Statt Kehrtwende also lediglich ein Weiter-So.

Die Rückführungsoffensive mit der Überarbeitung des Asylgesetzes führt selbst nach Aussage von Frau Faesers eigenen Beamten zu nur 5 Prozent mehr Abschiebungen. Das sind auf Basis der Zahlen von 2022 zwischen 600 und 700 zusätzliche Abschiebungen PRO JAHR. Während gleichzeitig bis zu 1.000 Migranten PRO TAG über unsere Grenzen kommen. Offensichtlicher kann man die Bürger kaum für dumm verkaufen.

Auch die Beschleunigung der Asylverfahren von 6 auf 3 Monate wäre erheblich glaubwürdiger, würde

man nicht zugleich Regelungen für Verfahren von bis zu 36 Monaten einführen.

Besonders ernüchternd ist ein Blick auf das, was alles nicht geplant ist.

*Rückführungsabkommen - gibt es nicht.
*Lückenloser Grenzschutz - Fehlanzeige.
*Unterscheidung zwischen Flucht und Wirtschaftsmigration - nicht dran zu denken.
*Definition weiterer sicherer Drittstaaten - nicht vorgesehen.
*Einhaltung von Asylgesetz und Dublin-Abkommen, wonach bei uns niemand Asyl beantragen kann, der aus einem sicheren Drittstaat einreist - erneut komplette Fehlanzeige.
*Anreize zur Einwanderung in die Sozialsysteme abschaffen - doch nicht mit Rot-Grün.

Fazit: Das alles ist nicht mehr als eine Show, um den Teil der Bevölkerung, der dieser Regierung noch irgendetwas glaubt, zu beruhigen. Denn das es so nicht weitergehen kann, das hat außerhalb der links-grünen Phantasiewelt inzwischen wohl jeder gemerkt.

Die Alternative für Deutschland steht dazu, Menschen, die wirklich vor Gewalt und Verfolgung fliehen, Hilfe und Schutz zu gewähren. Dafür steht das Recht auf Asyl in unserem Grundgesetz. Zugleich stehen wir aber auch für die Einhaltung von Recht und Gesetz. Und dazu braucht es vor allem einen wirklich wirksamen, notfalls auch robusten, Schutz unserer Grenzen, die konsequente Einhaltung von Asylgesetz und Dublin-Abkommen und die Beseitigung von Anreizfaktoren für Wirtschaftsmigration.

Die Armut in den Herkunftsländern muss vor Ort bekämpft werden. Dies der deutschen Bevölkerung aufzubürden, bedeutet eine Überforderung der Gesellschaft und jedes Einzelnen.

Wirklich etwas ändern wird sich an diesen Missständen nur mit der Alternative für Deutschland. Denken sie bei den kommenden Wahlen daran.

FRAU FAESER: THEMA VERFEHLT

Ein Kommentar zum importierten Antisemitismus von Beatrix von Storch

Der Kanzler empfängt den Hamas-Terrorunterstützer Erdogan, ein hochrangiger Taliban-Führer darf ungehindert in einer DITIB-Moschee in Deutschland reden – und was macht die Innenministerin?

Nancy Faeser hat angesichts der massenhaften arabischen Unterstützung auf Deutschlands Straßen für den Hamas-Massenmord und der täglichen Bedrohung von jüdischen Bürgern durch Muslime nichts Besseres zu tun, als über ‚Muslimfeindlichkeit‘ zu reden.

Sind es etwa die Juden in Deutschland, die täglich Muslime bedrohen, beleidigen, angreifen? Hier findet seitens der Bundesregierung eine Täter-Opfer-Umkehr statt, die dem selbstgefälligen ‚Niewieder‘-Geschwafel Hohn spricht.

Der durch die Bundesregierung importierte muslimische Antisemitismus zeigt hier seine hässliche Fratze, wenn der Massenmord an Juden, Folter, Vergewaltigungen und Verschleppungen öffentlich bejubelt werden.

Die Ministerin verfehlt bewusst das Thema, wenn sie heute sagt, dass Antisemitismus nicht mit Muslimfeindlichkeit bekämpft werden könne: ‚Wer jetzt Stimmung gegen Muslime macht, unter dem Vorwand der Bekämpfung von Antisemitismus, der will uns spalten und nicht einen.‘

Wenn Faeser den muslimischen Antisemitismus in Deutschland nicht endlich entschlossen bekämpft, macht sie sich mitschuldig an den Verbrechen, die an Juden in unserem Land begangen werden.

Als AfD-Fraktion werden wir weiter unter anderem mit Verbotsanträgen gegen islamistische Organisationen den importierten Antisemitismus bekämpfen.

Beatrix von Storch ist stellvertretende Vorsitzende und Antisemitismusbeauftragte der AfD-Bundestagsfraktion.

CDU kopiert die AfD

Wenn der Brandstifter „Feuer“ ruft

In der Migrationsfrage versucht die CDU nun tatsächlich, die AfD zu kopieren und verstrickt sich dabei in immer neue Widersprüche.

Unter dem Eindruck der Schrecken im Nahen Osten und der antisemitischen Auswüchse in deutschen Städten überschlagen sich die Altparteien, allen voran die CDU/CSU, derzeit mit Forderungen nach einer härteren Linie gegen den radikalen Islamismus und den damit verbundenen Antisemitismus.

In einem beispiellosen Akt der Verdrängung, vergisst man offenbar, dass man selbst die AfD noch vor wenigen Wochen für die gleichen Forderungen beschimpft, ausgegrenzt und diffamiert hat.

Mehr als 20 Anträge, die Antisemitismus und Islamismus eindämmen sollten, haben wir in den Jahren seit 2017 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Alle wurden abgelehnt. Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen und niemand will verantwortlich sein.

Dabei war es doch gerade die CDU unter Frau Merkel, die die Grundlage für die brandgefährliche Situation gelegt hat, in der wir uns nun befinden. Und diese Politik hat in der Union nach wie vor viele Anhänger. Darüber können auch die markigen Worte der Herren Merz und Spahn nicht hinwegtäuschen.

Es bleibt dabei, eine wirkliche Wende in der Migrationspolitik und die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit wird es nur mit der AfD geben.

Unser Land ist in Gefahr. Zeit das Ruder herumzureißen.

10 Punkte für Deutschland

Das Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung

1. Deindustrialisierung Deutschlands stoppen
- Niedrigere Energiepreise durch größeres Angebot
- Bürokratieabbau, z. B. durch Abschaffung des Lieferkettengesetzes
- Ausgaben für Migration und Klimapolitik drastisch senken
- Nord-Stream reparieren
- Kernkraftewerke reaktivieren
- Energie- und Verkehrswende beenden. Keine Umerziehung der Bevölkerung.

2. Mehr Freiheit, weniger Steuern für Bürger und Unternehmen
- Strom- und Energiesteuern absenken
- Grundsteuer abschaffen
- CO2-Abgabe streichen
- Pendlerpauschale auf 50 Cent/km erhöhen
- Bargeld als Zahlungsmittel ins Grundgesetz
- Verhältnis zur EU neu regeln
- Mehr direkte Demokratie durch Volksabstimmungen

3. Verheerende Migrationspolitik sofort beenden
- Zuwanderung in die Sozialsysteme unterbinden
- Sach- statt Geldleistungen
- Effektiver Grenzschutz
- Illegale und straffällig gewordene Migranten abschieben
- Einbürgerungssrecht mit hohen Hürden

4. Unseren Sozialstaat retten
- Aktivierende Grundsicherung statt Bürgergeld
- Höhere Nettolöhne durch Steuersenkungen
- Missbrauch von Sozialleistungen bekämpfen
- Faire Renten statt Altersarmut

5. Deutschland wieder sicher machen
- Ausstattung der Bundespolizei optimieren
- Messer- und Clankriminalität effektiv bekämpfen
- Extremismus jeglicher Art mit aller Härte bekämpfen

6. Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt
- Außenpolitik, die deutsche Interessen vertritt und sich für den Frieden einsetzt
- Unter Einbeziehung der OSZE einen Waffenstillstand in der Ukraine anstreben

7. Eine starke Bundeswehr als Garant einer souveränen Nation
- Die Bundeswehr so ausstatten, dass sie zur Landesverteidigung ertüchtigt wird - als starke Streitkraft eines souveränen Deutschlands in einem wehrhaften Europa

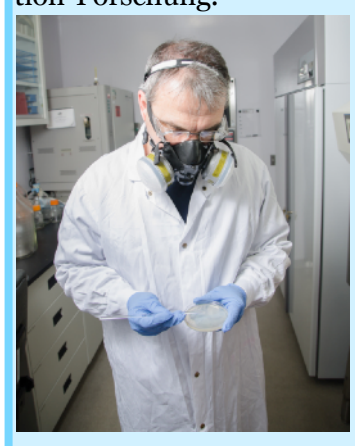
8. Familien stärken - Erziehungsarbeit belohnen
- Betreuungsgeld für Eltern und Großeltern
- Kinderreiche Familien erheblich entlasten
- Zinsfreies Darlehen für Eltern nach der Geburt
- Einfluss der Gender-Ideologie zurückdrängen
- Geschlechtsumwandlungen von Minderjährigen verbieten

9. Gesundheitliche Eigenverantwortung stärken
- Körperliche Unversehrtheit garantieren - keine Pflichtimpfungen
- Impfopfer angemessen entschädigen und versorgen
- Forschung zu Impfschäden fördern
- Corona-Maßnahmen evaluieren und Unrecht juristisch aufarbeiten

10. Bildung ist Zukunft für Deutschland
- Bildung, Wissenschaft und Forschung von Ideologie befreien
- Zensur und Cancel-Culture stoppen
- Erforschung moderner Kernenergie-, Verbrenner- und Kraftstofftechnologien fördern
- Duale Ausbildung stärken
- Meisterausbildung kostenfrei stellen
- Bildungsstand und Bildungsfähigkeit als Kriterium für Einwanderung
- Gender-Sprache in allen öffentlichen Institutionen verbieten
- Deutsch als Landes- und Bildungssprache ins Grundgesetz

Tickende Zeitbombe in der Virenforschung

Es ist viel zu wenig bekannt, dass in einigen Forschungsprojekten daran gearbeitet wird, Krankheitserreger, insbesondere Viren, ansteckender und tödlicher zu machen. Dabei handelt es sich um einen Teilbereich der sogenannten Gain-of-Function-Forschung.



Wie groß die davon ausgehende Gefahr ist, hat uns die Coronakrise eindrücklich vor Augen geführt. Dabei hatten wir noch das Glück, dass es sich nur um eine mittelschwere Atemwegserkrankung handelte. Nicht auszudenken, wenn bei derartiger Forschung einmal ein wirklich gefährliches Virus versehentlich freigesetzt würde.

Abgesehen von Unfällen, die auch unter höchsten Sicherheitsstandards nie ganz ausgeschlossen werden können, müssen wir uns zudem bewusst sein, dass die Ergebnisse dieser Forschung immer auch als Biowaffen Verwendung finden könnten.

Wir als AfD halten es für nicht länger hinnehmbar, dass solche Forschung, deren Nutzen zudem mehr als fragwürdig ist, weitgehend unter dem Radar der Öffentlichkeit bleibt und uns alle einem nicht zu verantwortenden Risiko aussetzt.

Darum haben wir Mitte November einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht der darauf abzielt, derartige Forschung stärker zu reglementieren, teilweise zu verbieten und vor allem auch international darauf hinzuwirken, dass Forschung, die Krankheitserreger potenziell gefährlicher macht, geächtet und verboten wird.

Die Bevölkerung muss darüber aufgeklärt werden, welche monströsen Zeitbomben unter Umständen auch in ihrer Nachbarschaft ticken, damit wir in einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung diesem verantwortungslosen Spiel mit dem Schicksal der gesamten Menschheit nach und nach ein Ende setzen können.

Doch auch in dieser Debatte bestand die Reaktion der anderen Fraktionen auf unsere Initiative einmal mehr nur aus den altbekannten Anti-AfD-Reflexen und den üblichen Beschimpfungen.

Dabei wurde der Inhalt unseres Antrags bewusst sinnentstellend und fal-

sch wiedergegeben. Beispielsweise behaupteten gleich mehrere Redner, mit dem Antrag solle jede gentechnische Virenforschung verboten werden. Das ist falsch. Der Antrag unterscheidet ausdrücklich zwischen Forschung an Viren etwa zur Entwicklung von Medikamenten einerseits und Forschung, die Viren potenziell gefährlicher macht, andererseits. Nur auf letztere bezieht sich der Antrag.

Die Risiken, die mit dieser Art von Forschung verbunden sind, sind real, die Folgen eines Unfalls könnten katastrophal sein. Die Coronajahre haben uns davon einen Vorgeschmack gegeben.

Die AfD-Fraktion wird daher auch bei den Beratungen im Ausschuss weiter Überzeugungsarbeit leisten, um eine nationale Initiative zur stärkeren Regulierung dieser hochgefährlichen und zudem unnötigen Forschungsmethode auf den Weg zu bringen.

Ich habe am Beispiel dieser Debatte einmal detailliert aufgezeigt, wie inkompetent und verlogen die Altparteien nicht nur in diesem Fall mit den Initiativen der AfD umgehen. Sie finden das Video in meinem Kanal bei YouTube.

Den vollständigen Antrag finden Sie mit der Drucksachenr. 20/6992 auf dip.bundestag.de.

Spitzenforschung im Eismeer

Auf Delegationsreise zur Polarstern

Das Schiff

Deutschland verfügt nach wie vor über Ressourcen zur Meeres- und Polarforschung auf Weltniveau. Insbesondere das in Bremerhaven ansässige Alfred-Wegener-Institut (AWI) ist für diesen guten Ruf verantwortlich.

Das AWI verfügte 2019 über Finanzmittel von 140 Millionen Euro, wovon etwa 90 Prozent aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stammten.

Das bekannteste (und teuerste) Forschungsgerät des AWI ist das Forschungsschiff Polarstern, ein 117,9 Meter langer Eisbrecher mit 17.300 Tonnen Wasserverdrängung. Fast pausenlos ist das Schiff auf Forschungsmissionen mit internationaler Beteiligung unterwegs, nach über 40 Jahren jedoch nicht mehr in jeder Hinsicht auf dem aktuellen Stand. Das AWI meldet daher immer deutlicher den Wunsch nach einer Neuanschaffung an.

Gute Gründe für den Bundestagausschuss für Bildung und Forschung, den Stand, die Perspektiven und den Finanzbedarf der Meeres- und Polarforschung genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die Reise

Dazu führten im Sommer 2023 Mitgliedern aller Fraktionen eine Delegationsreise durch, um Informationen über Trends der Klimaänderung aus erster Hand einzuholen.

Die Polarstern lag Ende Juli/Anfang August in der nordnorwegischen Hafenstadt Tromsø vor Anker. Ein nur kurzes Zeitfenster zwischen zwei Missionen, das wir für den Besuch nutzen konnten.

Das Schiff zeigte sich in solider Verfassung und wurde vielfach für seine Ausstattung gelobt. Wegen des Alters steigt jedoch der Instandhaltungsaufwand. Wenn Deutschland sich weiter ein Forschungsschiff leisten will, wird mittelfristig daher eine Neuanschaffung die günstigere Lösung sein.

Die nördlichste Niederlassung des Instituts befindet sich im Forscherstädtchen Ny Ålesund auf Spitzbergen am Kongsfjord, umgeben von Gletschern. Dort werden vor allem Langzeitmessungen verschiedenster Eigenschaften der Atmosphäre, aber

Eisbären sind die für Menschen gefährlichsten Landraubtiere. Deshalb gehen die Wissenschaftler auf Spitzbergen nur bewaffnet ins Gelände

auch Beobachtungen von Flora, Fauna, Gletschern und Meer durchgeführt.

Die Koldewey-Station, die in Kooperation mit dem Französischen Polarinstitut Paul Emile Victor (IPEV) betrieben wird, ist ganzjährig besetzt, was im Polarwinter eine Herausforderung für die Besatzung ist.

Ny Ålesund ist das richtige Ziel, wenn man sich über Klimaforschung informieren will, deshalb ging der zweite Teil der Delegationsreise dorthin.

Die Forschung

Klimaveränderungen vollziehen sich weltweit sehr unterschiedlich. Es gibt Gebiete, die sich in den letzten Jahrzehnten abgekühlt haben, z.B. tropische und südliche Teile des Pazifiks oder auch eine Region im Atlantik südlich von Grönland. Spitzbergen und die Barentssee (nördlich von Murmansk, Russland) hingegen gehören zu den Gebieten, die sich am stärksten erwärmt haben.

Entsprechend ist rund um die AWI-Station auf Spitzbergen ein Rückgang der Gletscher zu verzeichnen. Die Forscher sind von dieser starken regionalen Erwärmung überrascht worden. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand der Klimaforschung. Niemand hatte diesen Trend vorhergesehen oder gar mittels der vielgerühmten Klimamodelle berechnet.

Über die Ursache besteht erst seit kurzer Zeit Einigkeit: Der Golfstrom bringt nämlich derzeit größere, warme Wassermengen in die Barentssee, weshalb auch von einer Atlantifizierung der Barentssee die Rede ist. Symptom ist unter anderem eine Zunahme atlantischer Flora und Fauna.

Gängige Klimamodelle hatten eher das Gegenteil, eine Abschwächung des Golfstroms in diese Region, vorhergesagt. Die Auswirkungen dieser neuen Erkenntnisse auf das Klima und das Wetter in Europa sind noch nicht einmal im Ansatz erforscht und verstanden.

Überraschend bei vielen Gesprächen mit Polarforschern ist das Ausmaß der Wissenslücken. Ob es nun Strömungen in der Barentssee oder das Verhalten von Gänsen und Eisbären sind: Es ist wenig bekannt, und die Untersuchungen bringen immer wieder völlig neue, überraschende Erkenntnisse zutage.

Ny Ålesund auf Spitzbergen

Insbesondere die Berichte aus der Klimaforschung erwecken hier immer wieder einen Eindruck von Gewissheit, den es in der Praxis gar nicht gibt. Die Forscher sind weit davon entfernt, die Ursachen und Zusammenhänge zu kennen und Folgen vorhersagen zu können.

Den Forschern kann man dabei keinen Vorwurf machen. Es sind vor allem interessengeleitete Verbände, Politiker und Journalisten, die immer wieder Vermutungen als Tatsachen hinstellen und in ihrem Sinn instrumentalisieren.

Insofern spricht einiges dafür, diese Forschung weiter zu finanzieren und als wichtigen Teil der deutschen Forschungsaktivitäten zu sehen. Fakten aus erster Hand sind das beste Mittel gegen tendenziöse Falschbehauptungen und Vereinnahmung, wie sie in der Klimapolitik üblich sind.

Dabei sehe ich die Meeres- und Polarforschung durchaus auch in der Verantwortung, deutsche Wirtschaftsinteressen zu beachten.

Andere Forschungsnationen wie die USA, Japan oder Russland tun das selbstverständlich.

Das AWI sieht sich dagegen ausschließlich als neutraler Wissenssammler, dessen Ergebnisse vollständig allen zur Verfügung stehen sollen. Projekte mit wirtschaftlichen Interessen oder mit Partnern aus der Industrie sind verpönt.

Dieses Ideal von der Wissenschaft im Elfenbeinturm ist z.B. der Ingenieurwissenschaft völlig fremd. Dort muss sich jede Entwicklung bezahlt machen. Im Sinne der deutschen Steuerzahler, die für 90 Prozent der Kosten aufkommen, darf man daher auch vom AWI einen wirtschaftlichen Nutzen erwarten.

mit Prof. Kim Holmen vom Norwegischen Polarinstitut

Interview in The Economist

SELENSKY DROHT EUROPA

Am 10. September machte der ukrainische Präsident im britischen Wirtschaftsmagazin The Economist einige bemerkenswerte Aussagen. Er warnte - man könnte auch sagen drohte - dort, „die Unterstützung für die Ukraine einzuschränken, würde ... für den Westen Risiken in seinem eigenen Hinterhof schaffen", „man könne nicht voraussehen, wie die Millionen ukrainischer Flüchtlinge in den Ländern Europas reagieren würden, wenn ihr Land im Stich gelassen würde" und „es wäre keine gute Sache für Europa, wenn es diese Menschen in die Enge treiben würde".

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für mich liest sich das wie eine kaum verhohlene Drohung, die Unterstützung für die Ukraine nur ja nie einzuschränken, denn sonst könnten die hier befindlichen Ukrainer für Unruhen sorgen.

Darum habe ich die Bundesregierung gefragt, wie sie diese Aussagen interpretiert und wie sie darauf zu reagieren gedenkt. Die Antwort darauf hat mich, offen gesagt, verblüfft. Aber lesen Sie selbst:

„Die Bundesregierung macht sich die in der Fragestellung erwähnte Interpretation der Aussagen des ukrainischen Präsidenten als Warnung nicht zu eigen. Deutschland wird die Ukraine bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands politisch, finanziell, zivil und militärisch unterstützen, solange es nötig ist."

Eine Warnung sieht die Regierung hier also nicht. Erstaunlich, denn die Aussagen sind unmissverständlich. WENN Europa die Unterstützung für die Ukraine einschränken würde, DANN würde das für den Westen Risiken in seinem eigenen Hinterhof schaffen, und die Risiken werden ja auch konkret benannt.

Wie soll man so eine Antwort also bezeichnen? Als Realitätsverweigerung? Als Kriegspropaganda? Oder als Kadavergehorsam?

Jedenfalls verfestigt sich hier einmal mehr der Eindruck, dass diese Regierung laufend die Augen vor Gefahren für unsere innere Sicherheit verschließt. Und das kann brandgefährlich für uns alle werden.

Wenn es Ihnen geht wie mir, und Sie das auch unfassbar finden, hier der Link zu The Economist:

https://www.economist.com/europe/2023/09/10/donald-trump-will-never-support-putin-says-volodymyr-zelensky?

In letzter Zeit kursieren verstärkt Behauptungen, die AfD wolle die Menschen bis 70 arbeiten lassen. Das ist falsch.

Ganz im Gegenteil setzen wir uns vehement dafür ein, dass das Renteneintrittsalter nicht weiter erhöht wird.

Hier unsere Forderungen, die im Übrigen jedermann in unserem Eckpunktepapier zur Altersversorgung nachlesen kann.

1. Niemand soll über die Altersgrenze von 67 Jahren hinaus arbeiten müssen.
2. Wer 45 Jahre eingezahlt hat, darf ohne Abschläge auch früher in Rente gehen.
3. Wer freiwillig länger arbeiten möchte, soll die Möglichkeit dazu haben.

Es ist wohl dieser letzte Punkt, der von unseren Kritikern in böswilliger Weise verdreht und für ihre falschen Behauptungen benutzt wird. Lassen Sie sich davon nicht irreführen. Mit der AfD wird es keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters geben. Das steht fest.

Deutschland braucht Fachkräfte für die Fusionsforschung

Die Kernfusion hat das Potenzial in den kommenden Jahrzehnten die sichere und zuverlässige Lösung aller Energieprobleme zu werden.

Die gute Nachricht ist: Bei der Erforschung der Kernfusion ist Deutschland nach wie vor ganz vorne dabei. Unser Stellarator Wendelstein 7-X in Greifswald gilt als eines der erfolgreichsten Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet weltweit.

Die schlechte Nachricht: Im Ausschuss für Bildung und Forschung haben uns Experten darauf hingewiesen, dass wir Gefahr laufen, diesen Vorsprung zu verlieren, wenn es uns nicht gelingt ausreichend Fachkräfte für dieses anspruchsvolle Forschungsgebiet auszubilden. Denn der globale Wettbewerb um die bereits vorhandenen Spezialisten ist enorm.

Ich werde daher in Kürze einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen, mit dem ich fordere, zunächst zu ermitteln, wie hoch der Fachkräftebedarf für die Fusionsforschung und die damit verbundenen Forschungsgebiete in Zukunft sein wird und dann dafür zu sorgen, dass wir diese hochqualifizierten Spezialisten in Deutschland selber ausbilden, statt sich auf das mühsame und oft aussichtslose Unterfangen zu verlassen, diese auf dem Weltmarkt anzuwerben.

In ganz Deutschland nur 9 Lehrstühle, die sich dem weiten Feld der Kernphysik widmen, das ist einfach zu wenig.

Deutschland war immer eine große Forschungsnation und etwas von der alten Stärke ist zum Glück noch vorhanden. Damit das so bleibt, müssen wir tätig werden und vorausschauend planen. Zukünftiger Wohlstand beginnt in der Forschung.

Letzte Montagearbeiten im Plasmagefäß von Wendelstein 7-X (November 2021)
Foto: MPI für Plasmaphysik, Jan Michael Hosan

Natürlich interessiert mich die Zukunft. Ich will schließlich den Rest meines Lebens darin verbringen.
Mark Twain

NACHHALTIGKEIT DER VERNUNFT

Gegen den Etikettenschwindel

Wenn Politiker der Altparteien das Wort „nachhaltig" in den Mund nehmen, dann zucken die Bürger instinktiv zusammen. Jeder weiß inzwischen, dass es unter dem Vorwand der „Nachhaltigkeit" entweder teuer wird oder dass neue Verbote drohen.

Wegen der „Nachhaltigkeit" sollen wir auf Lebensmittel wie Fleisch verzichten, die seit Urzeiten auf dem Speiseplan der Menschen stehen. Oder wir sollen unsere Gasheizungen, die noch vor wenigen Jahren öffentlich gefördert wurden, herausreißen und zu irrwitzigen Kosten gegen das nächste neue Ding ersetzen.

Ein wahres Gruselkabinett der „Nachhaltigkeit" bot der Bundestag am 12. Oktober 2023, als im Plenum geschlagene drei Stunden über die deutschen Nachhaltigkeitsziele debattiert wurde. Viele der zahllosen Redebeiträge bestätigen genau die Befürchtung, dass „Nachhaltigkeit" als Vorwand genutzt wird, die Gesellschaft im Sinne grün-linker Ideologie umzubauen, zu „transformieren".

Was wäre nachhaltiger, als die ohnehin vorhandenen, CO_2-freien Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer zu nutzen? Es wäre kostensparend, ressourcensparend und würde uns Unmengen billigen Stroms liefern, da die Kernkraftwerke ohnehin abgeschrieben sind. Wer aber so einfach nachhaltig denkt, der hat die Rechnung ohne die Agitatoren grüner Wunschträume gemacht.

Doch was wäre denn Nachhaltigkeit im Sinne der Bürger, im Sinne unseres Landes? Ich habe das in meiner Rede am 12. Oktober wie folgt umrissen: Nachhaltigkeit für Deutschland hat zum Ziel, dass unser deutsches Volk auf unserem deutschen Staatsgebiet auf Dauer in Wohlstand, in Sicherheit, in Freiheit, in Demokratie, und in einer gesunden Umwelt leben kann.

Und um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir in unserem Deutschland vor allem eine leistungsfähige und innovative Industrie, eine zuverlässige, bezahlbare und ausreichende Energieversorgung, ein solides Bildungssystem und einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen."

Diesen Zielen wird wohl jeder Bürger unseres Landes zustimmen können. Sie beschreiben eine Nachhaltigkeit der Vernunft für unser Land.

Der Begriff „Nachhaltigkeit" ist inzwischen zu einem ideologisch aufgeladenen Kampfbegriff geworden. Doch wir sollten die Deutungshoheit auf diesem Feld nicht den Grün-Linken überlassen. In diesem Sinne werden wir als AfD, können Sie und werde ich, den Begriff Nachhaltigkeit im Sinne der Nachhaltigkeit der Vernunft gebrauchen.

Berlin und Parlament hautnah

Auch für 2024 plane ich für Sie wieder drei Reisen nach Berlin. Ich lade jeweils 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu mir nach Berlin ein. Besuchen Sie mich und machen Sie sich selbst ein Bild von der parlamentarischen Arbeit. Neben einem umfangreichen Informationsprogramm mit Besichtigung der Orte, an denen unsere Gesetze vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, bleibt auch genügend Zeit für die anderen Sehenswürdigkeiten Berlins.

Die Kosten für Fahrt, Unterkunft und das Programm vor Ort übernimmt der Deutsche Bundestag.

Seien Sie also einmal für drei Tage Gäste ihres Bundestagsabgeordneten.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Ihr Michael Kaufmann

Anmeldung unter michael.kaufmann.wk@bundestag.de
oder telefonisch unter: 03671 - 5 23 23 48

UNSER TEAM FÜR DIE LANDTAGSWAHL STEHT

Am 17. und 18. November trafen sich mehr als 200 Mitglieder aus dem AfD-Landesverband Thüringen in Pfiffelbach, um die Kandidaten für die 2024 anstehende Wahl zum Thüringer Landtag zu küren.

Mit meinem geschätzten Kollegen Denny Jankowski, mit dem ich mir das Bürgerbüro in Kahla teile.

Mit insgesamt 44 Kandidaten auf der Liste sind wir bewusst ambitioniert an die Aufstellung herangegangen. Denn 44 Mandate, das würde die absolute Mehrheit im Landtag bedeuten. Auch wenn dieses Ziel natürlich noch nicht in greifbarer Nähe ist, so halten wir es angesichts von Zustimmungswerten für die AfD in Thüringen von fast 35 Prozent auch nicht für völlig ausgeschlossen.

Immer mehr Bürger erkennen jedenfalls, wie die Altparteien in Bund und Land in himmelschreiender Inkompetenz dabei sind, dieses Land zu runinieren. Zugleich versagen die anderen Oppositionsparteien darin, die wirklichen Probleme

in der Migrationsfrage, der Wirtschaft, der Energieversorgung und vielem mehr, auch deutlich anzusprechen. Eine vernunftgeleitete und zupackende Politik zum Wohle Deutschlands und Thüringens ist derzeit nur von der Alternative für Deutschland zu erwarten.

Unsere Kandidaten können sich jedenfalls sehen lassen. Sie sind durchweg gestandene Persönlichkeiten mit Berufs- und Lebenserfahrung. Und sie sind natürlich hoch motiviert.

Geprägt war dieser Parteitag zudem von großer Disziplin und Geschlossenheit. So konnten wir die Nominierung bereits am Samstagnachmittag abschließen und den Parteitag mit dem Singen der Nationalhymne beenden. Wir stehen dazu:

AfD - Bereit für mehr

Im Gespräch mit Robert Sesselmann, dem ersten AfD-Landrat Deutschlands. Weiter so, Robert, du machst einen guten Job.

Ringo Mühlmann für den Saale-Orla-Kreis II

Am 4. November 2023 wurde Ringo Mühlmann als Direktkandidat für die kommende Landtagswahl im Landtagswahlkreis 34 – Saale-Orla-Kreis II – aufgestellt. Der 47-jährige zweifache Familienvater und gebürtige Oppurger ist bereits seit 2019 Mitglied im Thüringer Landtag. Er ist Polizeibeamter mit zwanzigjähriger Berufserfahrung. Er selbst sagt zur Nominierung als Landtagskandidat:

„Es fühlt sich an, als käme ich nach Hause. Nach vielen Jahren außerhalb des Saale-Orla-Kreises danke ich den Mitgliedern für das ausgesprochene Vertrauen. Jetzt heißt es anpacken, und gemeinsam mit dem Regionalverband die intensiven Vorbereitungen auf die wichtigen Wahlen im kommenden Jahr zu beginnen. Ich freue mich auch auf die Zusammenarbeit mit einer entschlossenen Kreistagsfraktion, die nach meiner Überzeugung gestärkt aus den Kommunalwahlen im kommenden Mai hervorgehen wird. Anschließend werden wir im September eine neue sachorientierte Politik für Thüringen in den Landtag tragen und Mauern einreißen!“

Herzlichen Glückwunsch insbesondere allen Kandidaten, die in meinem Wahlkreis 195 bzw. in der angrenzenden Stadt Jena aktiv sind

INFLATIONSTREIBER LKW-MAUT

Anlässlich meines Besuchs bei einer Spedition aus dem Wahlkreis wurde mir vollends deutlich, was die geplante Erhöhung der LKW-Maut zum 1. Dezember 2023 für die Transportunternehmer, aber letztlich auch für die Verbraucher, bedeutet.

Bereits zum 1. Januar 2023 war die LKW-Maut angehoben worden. Nun kommen **ab dem 1. Dezember noch 200 Euro je Tonne CO2-Ausstoß** hinzu, wodurch sich die Mautkosten für die Unternehmen fast verdoppeln.

Zusätzlich wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2024 auch noch **auf Fahrzeuge ab 3,5 to Gesamtgewicht ausgeweitet**. Die Einnahmen der Bundesregierung aus der Maut schnellen dadurch von bisher 7,8 Milliarden pro Jahr auf voraussichtlich 15,2 Milliarden in die Höhe.

Hinzu kommt, dass der Termin 1. Dezember für die Transportunternehmen denkbar ungünstig gelegt ist, da es unterjährig praktisch unmöglich ist, Frachtraten nachzuverhandeln. Die erheblichen Mehrkosten für einen ganzen Monat werden die Unternehmen also ganz alleine zu stemmen haben. Für kleine und mittlere Betriebe kann das in der ohnehin angespannten Wirtchaftslage existenzbedrohend werden.

Für das kommende Jahr bedeutet die erhöhte Maut einen weiteren Inflationstreiber. Denn natürlich werden die Unternehmen die höheren Kosten über höhere Frachtraten weitergeben müssen. Dadurch verteuern sich alle Produkte, die mit dem LKW transportiert werden und das ist in Deutschland nach wie vor der ganz überwiegende Teil der Konsumgüter. Experten gehen davon aus, dass eine vierköpfige Familie hierdurch mit 300 bis 400 Euro zusätzlich pro Jahr belastet wird.

Das Ganze ist nichts anderes als ein weiterer Taschenspielertrick der Bundesregierung zu Lasten der Bürger. Man will das Wahlversprechen, keine Steuern zu erhöhen vordergründig einhalten und

bedient sich dafür schamlos einer Einnahmequelle, die zwar nicht Steuer heißt, aber die gleiche Wirkung entfaltet. Noch mehr vom hart verdienten Geld der Bürger landet in den Kassen des Staates, der es für immer zweifelhaftere Projekte geradezu zum Fenster hinauswirft.

Dieser rücksichtslosen Ausbeutung der Bevölkerung muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die einzige Alternative zu zunehmender Verarmung und wirtschaftlichem Niedergang ist die Alternative für Deutschland.

Bitte klären Sie die Menschen darüber auf. Viel Zeit haben wir nicht mehr.

Bürger im Gespräch

Am 24. Oktober habe ich mich mit meinen Kollegen Marcus Bühl, MdB und Dr. Jens. Dittrich, MdL in Großbreitenbach wieder den Fragen und Anregungen der Bürger gestellt.

Bei vollem Haus und in angenehmer Atmosphäre waren es vor allem die Themen Energie und Bildung, aber auch die mit den Stimmen der AfD durchgesetzte Senkung der Grunderwerbssteuer, die die Menschen beschäftigten. Vielleicht sehen wir uns ja bei einem der nächsten Bürgerdialoge.

30 JAHRE THÜRINGER LANDESVERFASSUNG

Eine Bestandsaufnahme

Unser Freistaat Thüringen entstand am 1. Mai 1920 als Zusammenschluss von sieben Kleinstaaten. Damals gehörte der preußische Regierungsbezirk Erfurt nicht dazu, weshalb das damalige Wappen nur sieben Sterne hatte.

In der Weimarer Verfassung war festgelegt, dass sich jedes deutsche Land eine freistaatliche Verfassung geben musste. Diese Verfassung wurde vom Volksrat von Thüringen, dem Vorläufer des Landtages, nach einem Entwurf des Jenaer Rechtsprofessors Eduard Rosenthal ausgearbeitet und trat am 21. März 1921 in Kraft.

Leider war dem eigenständigen Land Thüringen während der Weimarer Republik nur ein kurzes Leben beschieden. Die Verfassung verlor 1933 mit dem Gleichschaltungsgesetz de facto ihre Gültigkeit.

1945 wurde Thüringen um den Regierungsbezirk Erfurt erweitert und das Wappen erhielt den achten Stern. Doch bereits 1952 verlor das Land Thüringen mit der Neugliederung der DDR nach Bezirken seine Funktion und wurde 1958 aufgelöst.

Nach der Wende in der DDR, am 14. Oktober 1990, wurde das Land Thüringen, wie wir es heute kennen, wiedergegründet. Eine neue Verfassung war nötig. Diese wurde vor 30 Jahren, am 25. Oktober 1993, während einer Landtagssitzung auf der Wartburg vom Landtag verabschiedet. Nach einem Volksentscheid trat die Thüringer Landesverfassung am 16. Oktober 1994 endgültig in Kraft.

In diesem Jahr konnten wir bereits den 30. Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung durch den Landtag begehen. Der Thüringer Landtag erinnerte am 24. Oktober durch eine Feierstunde auf der Wartburg, dem Ort der Verabschiedung 1993, an dieses Jubiläum.

Von dieser Feierstunde ist mir ist besonders die Rede von Dr. Klaus von der Weiden, dem Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, in Erinnerung. Er erinnerte die anwesenden Politiker eindringlich daran, dass die Verfassung allen Bürgern die gleichen Rechte gibt, dass keine Position oder Meinung ausgegrenzt werden darf. Genauso gelten Grundrechte nicht nur in guten Zeiten, sondern sind gerade in Krisen zu garantieren.

In der Tat bereitet der teilweise geradezu verächtliche Umgang der Regierenden mit der Verfassung Sorgen. Die Einschränkung von Grundrechten während der Corona-Krise ist noch in lebhafter Erinnerung.

Dr. Klaus von der Weiden, Präsident des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Rede auf der Wartburg.

Bürger, die die offiziellen Erzählungen nicht teilten, wurden rabiat ausgegrenzt, mundtot gemacht und juristisch verfolgt. Selbst Richter, die nicht im Regierungssinn Recht sprachen, waren vor Hausdurchsuchungen nicht sicher.

Die Opposition im Landtag wird seit Jahren ausgegrenzt und parlamentarischer Rechte beraubt. Und wie soll man einen „Verfassungsschutz“ nennen, der Andersdenkende und Oppositionsparteien ausspioniert, denunziert, brandmarkt und mit Ausgrenzung bedroht?

Gleichzeitig ist die Parlamentarische Kontrollkommission, die eben diesen Verfassungsschutz kontrollieren soll, seit Jahren nicht verfassungsgemäß besetzt. Das alles sind eklatante Verstöße gegen unsere Thüringer Landesverfassung – mutwillig begangen von Regierungsvertretern.

Hinzu kommen wiederkehrende Anträge im Landtag, die Verfassung nach eigenen Präferenzen zu ändern. „Ich mach mir meine Verfassung, wie sie mir gefällt“ scheinen einige Politiker zu denken.

Beispiel hierfür ist der rot-rot-grüne Antrag vom 5. Juni 2020, spezielle Kinderrechte in die Verfassung zu schreiben. Klingt erstmal gut. Kinder sind aber heute schon wie alle Bürger geschützt.

Tatsächlich geht es um nichts anderes als einen Angriff auf das Grundrecht der Familien, insbesondere auf das Elterngrundrecht. Dieses soll zugunsten staatlicher Beeinflussung bei der Kindererziehung massiv geschwächt werden. „Das ist ein ganz typisches linkes ideologisches, totalitäres Ziel“ wie der AfD-Abgeordnete Stefan Möller in seiner Rede am 18.6.2020 feststellte.

Es gibt also gute Gründe, zum 30-jährigen Jubiläum der Thüringer Landesverfassung zuerst auf deren Schutz und deren Einhaltung durch die Regierenden zu pochen.

Wichtiger Sinn und Zweck der Verfassung ist es, den Bürgern Rechte zu garantieren und den Regierenden Grenzen zu setzen. Darauf müssen wir bestehen.

Ramelow und die Reichsflugscheiben

Ministerpräsident irritiert mit wirren Posts

Am 20. November sorgte der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, bei X mit zwei, höflich ausgedrückt, wirren Posts für Verwunderung.

Er schrieb dort unter anderem von Reichsflugscheiben, mRNA und dem Geist von Meggi. Zudem wiederholte er stakkatoartig das Wort „Impfen“.

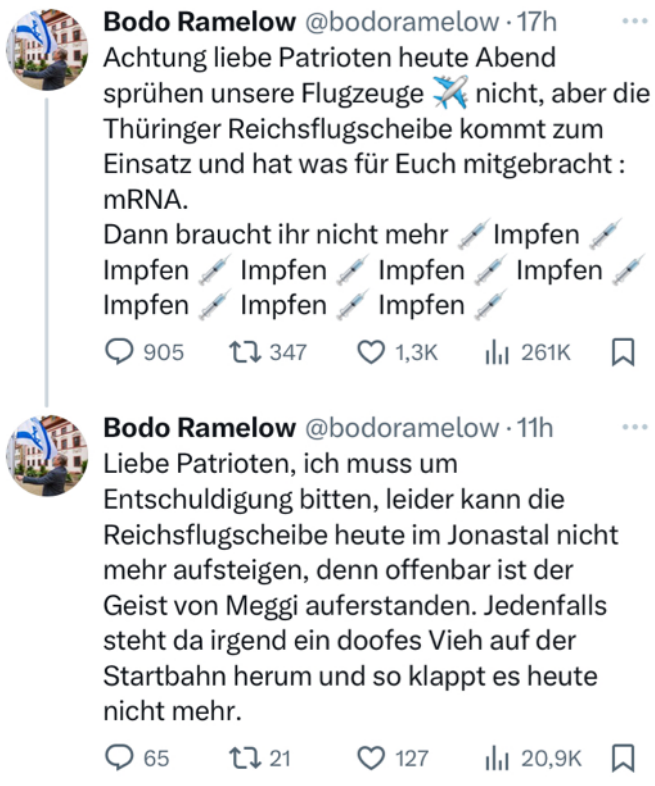
Nachdem dieses für einen Ministerpräsidenten doch höchst unangemessene Verhalten für reichlich Verwunderung und Spott gesorgt hatte und sogar die BILD darüber berichtete, hat Ramelow gegenüber dem MDR versucht, das Ganze wieder einzufangen.

Die Erklärung macht es nicht besser

Nach seiner Version handelte es sich um Satire und um Kritik an X, vormals Twitter, das inzwischen dem US-Milliardär Elon Musk gehört. Weiter führte er aus, er habe bewusst Worte verwendet, die „ihren Ursprung in Verschwörungstheorien haben“, denn diese Schlüsselbegriffe würden inzwischen von Künstlicher Intelligenz automatisiert ausgelesen und mit Reaktionen versehen. Darauf und auf die damit verbundenen Gefahren habe er aufmerksam machen wollen.

Doch wie plausibel ist das? Einem medienerfahrenen Politiker wie Bodo Ramelow musste klar sein, zu welchen Irritationen Posts führen, die so wirken als sei er entweder sturzbetrunken oder oder am Rande eines Nervenzusammenbruchs. Zumindest hätte man eine unmittelbare Erklärung bei X erwarten dürfen, statt diese Erklärung erst nachzuschieben als deutlich wurde, welchen negativen Eindruck er mit seinen Worten vermittelt hat.

Vielleicht aber findet sich die Erklärung in dem, was Ramelow dem MDR weiter gesagt hat. Er beklagt, dass seit der Übernahme von Twitter durch Musk zu viele Rechtsradikale bei X unterwegs seien und stellt die unbewiesene Behauptung, man könnte auch sagen „Verschwörungstheorie“,



auf, dass X „Rechtsradikalen“ durch technische Manipulationen überproportional große Reichweite verschaffe. Die Folge seien Shitstorms, die „durch eine Wucht aus Hass, Gewalt und Niedertracht einschüchtern sollen“.

Ganz abgesehen davon, dass genau solche Shitstorms immer wieder gerade aus der links-grünen Szene inszeniert werden, bleibt vor allem fragwürdig, was derartig wirre Posts zur Klärung der gemutmaßten Missstände beitragen sollen.

Wir müssen daher leider befürchten, dass Thüringen von einem Ministerpräsidenten regiert wird, der inzwischen völlig die Kontrolle über sein Kommunikationsverhalten verloren hat.

Echt jetzt, AfD? Ihr wollt bei der Feuerwehr sparen? So berichteten jedenfalls die Zeitungen der Thüringer Mediengruppe am 25. November.

Doch das sind Fakenews - das Gegenteil ist der Fall:

Wir haben festgestellt, dass einige Förderprogramme für Feuerwehren nicht genutzt werden, weil sie zu bürokratisch organisiert sind. Also wollten wir dieses Geld nicht etwa streichen, sondern in die kommunale Investitionspauschale übertragen.

Dort können Kommunen das Geld unkompliziert abrufen und in die Feuerwehr investieren. Dann wird vielleicht wirklich endlich mal was angeschafft, was vor Ort gebraucht wird. Unter anderem bezogen wir uns dabei auf Empfehlungen des Landesrechnungshofs.

Aber wie es der Teufel will, hat der Journalist von TA, OTZ & TLZ wohl „zufällig" vergessen, das alles zu erwähnen.

Und die Moral von der Geschicht? TA & Co. glaubt man besser nicht!

Chaos um Erstaufnahmeeinrichtung in Hermsdorf

Das Totalversagen der Bundes- und Landesregierung in der Migrationsfrage müssen die Einwohner in meinem Wahlkreis, insbesondere die Bürger von Hermsdorf, derzeit hautnah miterleben, um nicht zu sagen miterleiden.

Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl platzte bereits im Sommer aus allen Nähten und musste einen Aufnahmestopp verhängen. In der nur für maximal 800 Bewohner ausgelegten Einrichtung, waren zuletzt mehr als 1.400 Migranten untergebracht.

Darum hatte die Landesregierung kurzerhand die bis dahin nur für den Durchgang vorgesehene Unterkunft in Hermsdorf zu einer Erstaufnahmeeinrichtung umgewidmet. Nur hatte man dabei wohl „vergessen“, sich zuvor eine entsprechende Baugenehmigung zur Umnutzung zu verschaffen. Diese liegt anscheinend bis heute nicht vor.

Als die Zustände in der Unterkunft in kürzester Zeit immer mehr aus dem Ruder liefen, schlugen der Landrat Andreas Heller und der Bürgermeister von Hermsdorf, Benny Hofmann, Alarm und wandten sich mit deutlichen Worten an die Landesregierung und die Öffentlichkeit.

Die Migrationsministerin Doreen Denstädt (Grüne) ließ daraufhin zwar artig verlautbaren, dass man sich der Probleme bewusst sei und Abhilfe schaffen wolle, doch geschehen ist bis heute nicht viel.

Insbesondere kritisierte Landrat Heller die unhaltbaren hygienischen Zustände in der Unterkunft und kündigte an, dass ihm gar keine andere Wahl bliebe als die Einrichtung zu schließen. Von dort ginge eine Gefahr für die Gesundheit sowohl der Bewohner als auch der Bevölkerung aus. Wie Recht er damit hatte, zeigt sich kurz

darauf, als die Einrichtung wegen eines Ausbruchs von Krätze vom 6. bis 15. Oktober durch das Gesundheitsamt gesperrt werden musste.

Doch nicht nur die Zustände innerhalb der Unterkunft erwiesen sich als untragbar. Auch unter den Bürgern von Hermsdorf machte sich zunehmend Verunsicherung und Angst breit, angesichts von 670 Männern aus 22 verschiedenen Nationen und wiederholten Polizeieinsätzen in der Einrichtung.

Nach einer Massenschlägerei am 11. November mussten sogar 15 Bewohner wieder in die nach wie vor überfüllte Erstaufnahme in Suhl verlegt werden.

Lobenswerterweise nahm der Bürgermeister von Hermsdorf die Sorgen und Nöte seiner Bürger ernst und lud Vertreter aller Beteiligten zu einem runden Tisch ein. Dort berichtete das Personal von großen Problemen bei der Koordinierung der Einrichtung. Es gebe einfach keine klaren Strukturen, Zuständigkeiten und Abläufe.

In einer Presseerklärung erhebt Hofmann zudem schwere Vorwürfe gegen die Thüringer Landesregierung. „Leider erhalten Stadt und Landkreis kaum Informationen zu diesem Thema und über diese Einrichtung. Sollte es in Ausnahmefällen doch dazu kommen, werden getroffene Aussagen leider oft nicht eingehalten.“

Derweilen macht sich zunehmend Angst unter den Bürgern der Stadt breit. Es wird von ersten Kneipen berichtet, die abends aus Sicherheitsgründen lieber schließen. Auch Vertreter der ortsansässigen Supermärkte sprechen von erhöhten Zahlen von Ladendiebstählen und Angst ihrer Mitarbeiter. Zudem würden die Supermärkte als Wärmehallen zweckentfremdet.

Laut Kreisbrandinspektor Christian Meyfarth können „Brandschutz und Sicherheit der Geflüchteten und des Personals“ nicht länger gewährleistet werden. Er fordert daher eine Verdoppelung des Wach- und Sicherheitspersonals.

Zudem kann durch den Anstieg der Einsätze innerhalb der Asylunterkunft, laut Landrat Heller der flächendeckende Rettungsdienst nicht mehr abgedeckt werden und es kommt mittlerweile zu rettungsdienstlichen Versorgungsengpässen für die Bevölkerung.

Angesichts dieses Totalversagens der Thüringer Landesregierung und der zuständigen Ministerin Denstädt kann ich mich Bürgermeister Hofmann nur anschließen: „Wir fordern die Europa-, Bundes- und Landespolitik zum sofortigen Handeln auf!“

Es ist absolut nicht länger hinnehmbar, dass Bundes- und Landesregierung den ungezügelten Zustrom von Hunderttausenden Migranten pro Jahr einfach geschehen lassen und die Probleme auf die Städte und Landkreise abwälzen, ja sie durch inkompetentes Handeln noch verschärfen.

Die AfD wurde für ihre Haltung in der Migrationsfrage oft gescholten. Doch inzwischen ist klar, dass wir die einzigen ehrlichen Warner waren, während alle anderen die Augen fest geschlossen hielten.

Polizeieinsatz in der Erstaufnahmeeinrichtung

Bürger machen ihren Sorgen an der Eingangstür eines Einkaufszentrums Luft.

Thomas Benninghaus -Listenkandidaten- Denis Häußer

Kommunen dürfen nicht überfordert werden!
Durch meine Tätigkeit im Stadtrat und den nachgelagerten Ausschüssen weiß ich, wie prekär sich die Finanzierungssituation der Kommunen darstellt.
Das Problem ist dabei jedoch nicht die Einnahmenseite, sondern eben die mittlerweile erdrückenden Ausgaben.
Die Landkreise schöpfen durch die Kreisumlage die Finanzkraft der Kommunen fast vollständig ab, um damit linke Klientelpolitik zu betreiben, um linke Demokratieprojekte und den Kampf gegen Extremismus zu fördern - **natürlich den Rechtsextremismus** - auf dem linken Auge ist man blind.
In kleinen Kommunen bleibt unterdessen nachts die Straßenbeleuchtung aus, Gehwege und Straßen werden kaputtgespart, viele Sportstätten marode und Jugendtreffs werden geschlossen.
Ich möchte im Thüringer Landtag dafür eintreten, die Finanzierungssituation der Kommunen wieder auf stabile und belastbare Beine zu stellen.
Illegale Migration nicht ins Land tragen!
Die Naherholungsgebiete, die Straßen und Plätze der Städte

Thomas Benninghaus 50 Jahre, gebürtiger Rudolstädter, verheiratet, zwei Kinder und wohnhaft in Rudolstadt.

sind in den Abendstunden für die deutsche Bevölkerung mittlerweile zu nicht mehr betretbaren Arealen geworden. Hier haben dunkle Gestalten im Schutz der Dunkelheit das Regime übernommen. Da der Staat in diesen Gebieten scheinbar resigniert hat und bei Straftaten von Einzelfällen spricht, ist gerade an diesen Stellen eine Prävention durch erhöhte Polizeipräsenz notwendig. Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, die Polizei entsprechend ihres Bedarfs an Ausrüstung und in personeller Hinsicht besser auszustatten, so dass sie ihrem Auftrag nachkommen können, um Recht und Ordnung durchsetzen. Im Thüringer Landtag werde ich dafür eintreten, dass es endlich eine Abschiebeoffensive gibt und Familienzusammenführungen endlich in den Herkunftsländern der illegalen Migranten stattfinden.

Denis Häußer, geboren im November 1974 und aufgewachsen in Saalfeld, verfüge ich über eine vielseitige Bildung und Berufserfahrung. Nach dem Abitur an der Spezialschule "Carl Zeiss" studierte ich Informatik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
Mit über 25 Jahren Berufserfahrung bringe ich eine fundierte Expertise in die Kommunalpoltitk ein. Diese langjährige Praxiserfahrung, gepaart mit meinem informatikspezifischen Wissen, ermöglicht es mir, fundierte Entscheidungen zu treffen und innovative Lösungen für die Herausforderungen der Stadt Saalfeld und dem Landkreis Saalfeld- Rudolstadt zu entwickeln.

Meine Eltern haben früher immer zu mir gesagt: “Wenn man NICHTS vernünftiges lernt, landet man auf der Straße.” Einige junge Menschen werden heute statt Auszubildende lieber Aktivisten, die sich auf Straßen kleben. Deutschland und im besonderen unser Thüringen muss wieder ein schönes und lebenswertes Land werden. Inflation, Teulfelskreis des Pflegenotstand, marodes Bildungssystem, die Wohnungsnot, die mickrigen Renten und die Migration in die Sozialsysteme sind Themen, die uns momentan um den Schlaf und unseren Wohlstand bringen.
Deutschland rast Richtung Wand und man vergisst das Bremsen - an der Ampel war grün.

Ich möchte mich für Thüringen weiterhin mit einem ausgewogenen Blick auf **finanzielle Stabilität, Sport, Jugendhilfe und kulturelle Belange für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft** der Bürger meines Wahlkreises im Thüringer Landtag einsetzen.

Die Zustimmungswerte für die AfD kennen zur Zeit nur eine Richtung. Nach oben. Das ist eine gute Nachricht für Thüringen und für Deutschland.

In der jüngsten INSA-Wahlumfrage für Thüringen kommt die AfD auf satte 34 Prozent. Das ist ein Prozent mehr als alle derzeitigen Regierungsfraktionen gemeinsam auf die Waage bringen.

Unser nächster „Verfolger“, die CDU, bringt es auf gerade einmal 22 Prozent, 12 Prozent weniger als die AfD.

Wir Thüringer hatten immer schon einen ausgeprägten Realitätssinn, gepaart mit großer Freiheitsliebe. Gemeinsam mit vielen Mitstreitern werde ich weiter alles dafür geben, dass im kommenden Jahr ein echter Politikwechsel in Thüringen stattfindet.

AfD auch im Westen endgültig angekommen

Die Ergebnisse der Landtagwahlen in Bayern und Hessen haben es gezeigt: Die AfD ist im Westen angekommen. In beiden Landesparlamenten ist die AfD nun Oppositionsführerin.

Auch in den alten Bundesländern, wächst das Entsetzen über die kopflose und selbstzerstörerische Politik in Bund und Ländern.

Und auch im Westen verfangen die politisch motivierten Kampagnen des Verfassungsschutzes und die verleumderische Hetze der Altparteien immer weniger.

Meinen herzlichen Glückwunsch an die Freunde und Kollegen in Bayern und Hessen und viel Erfolg. Ihr habt Deutschland Mut gemacht.

MITMACHER GESUCHT

Kaufmann aktuell in jeden Briefkasten

Noch erhält nicht jeder Haushalt in den Saale-Kreisen regelmäßig die Kaufmann aktuell.
Das möchten wir gerne ändern und suchen tatkräftige Helfer, die dreimal im Jahr 100, 200 oder auch 500 Exemplare in ihrer Nachbarschaft verteilen möchten.
Interessiert? Dann senden Sie bitte eine E-Mail an:
kontakt@kaufmann-michael.de

Entlastung der Bürger ist nicht gewollt

Der AfD wird häufig vorgeworfen, wir würden uns für soziale Fragen nicht interessieren. Es kursiert sogar eine Liste im Netz mit sozialen Vorhaben, die wir angeblich alle abgelehnt haben sollen.

Dass die Wahrheit eine ganz andere ist, konnte man am 16. November wieder im Bundestag sehen. Dort hat unsere Fraktion gleich drei Anträge zur steuerlichen Entlastung der Bürger eingebracht.

1. Zur Erhöhung der Pendlerpauschale auf 50 Cent je Kilometer (Drucksache 20/9318)

2. Zur Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer von 7 Prozent in der Gastronomie (Drucksachen 20/8416 und 20/9278)

3. Zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Drucksachen 20/2536 und 20/4464)

Alles das wäre leicht gegenzufinanzieren durch die Streichung einer Vielzahl überflüssiger Leistungen bei der Migration, der Energiewende und bei Zahlungen für Projekte im Ausland.

Wie zu erwarten waren diese spürbaren Erleichterungen für die Bürger unseres Landes von den Altparteien nicht gewollt. Unsere Anträge wurden daher abgelehnt.

Es ist also nachweislich nicht die AfD, die sich gegen soziale Verbesserungen sperrt. Vielmehr sind es die Altparteien, die den Bürger lieber weiter schröpfen, statt ihm endlich mehr Netto vom Brutto zu lassen.

2. CORONA SYMPOSIUM
DER AFD-BUNDESTAGS-FRAKTION

v. l. n. r.: Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Christina Baum, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi

Am 11. und 12. November fand im Deutschen Bundestag, organisiert durch die AfD-Fraktion, das 2. Corona-Symposium statt.

Zwei Tage lang referierten Fachleute und Kritiker der Coronapolitik wie Prof. Dr. Stefan Homburg, Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Gunter Frank, der Datenanalyst Tom Lausen, Prof. Dr. Paul Cullen und allen voran natürlich Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, über virologische, medizinische, juristische und gesellschaftliche Fragen, die uns seit den Grundrechtseinschränkungen und Rechtsbrüchen der Coronazeit beschäftigen.

Dabei erfolgte unisono der Ruf nach der längst überfälligen Aufarbeitung und die Forderung nach wirksamen Mechanismen, die sicherstellen, dass sich so etwas niemals wiederholen kann.

Besonders bewegend waren jene Momente, in denen Opfer der mRNA-Impfungen selbst zu Wort kamen. Gerade im Hinblick auf diese Menschen dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Doch die geschlossene Front der Altparteien versperrt sich allen Forderungen nach Aufarbeitung, Wiedergutmachung und Erforschung.

Unser Antrag auf Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses - abgelehnt

Unsere Forderung, Mittel für die Erforschung der Impfnebenwirkungen bereitzustellen - abgelehnt

Jede unserer Forderungen in Bezug auf das Corona-Unrecht wurde bisher abgelehnt.

Dieses Symposium hat gezeigt, warum die Altparteien allen Grund haben, die Aufarbeitung zu fürchten.

Das gesamte Symposium finden Sie unter: https://afdbundestag.de/corona-symposium/

Stadt, Land, Bürgermobil

Cancel Culture und unfaire Berichterstattungen durch den öffentlich-rechtlichen Zwangsfunk sind uns herzlich egal! Seit es die AfD gibt, suchen wir regelmäßig den Kontakt zu unseren Bürgern im Saale-Holzland-Kreis. Mit über 30% in den Wahlumfragen sind wir hier in Thüringen die einzige patriotische Volkspartei. Deshalb sind wir mit den mobilen Bürgerbüros immer unterwegs. Egal ob die Sonne scheint oder es regnet, wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen!
Der Saale-Holzland-Kreis ist uns wichtig, deshalb finden hier seit Jahren regelmäßig Stammtische, Veranstaltungen und Bürgermobiltermine statt.

Denny Jankowski ist immer mit seinem Team im SHK und in Jena unterwegs.

Sein Wahlkreisbüro befindet sich in Kahla, und ist jederzeit erreichbar.

Denny Jankowski ist Prozessingenieur aus Jena. Er sitzt seit 2019 im Thüringer Landtag und ist Sprecher für Bildung unserer Landtagsfraktion. Er setzt sich besonders für den Erhalt des Thüringer Bildungssystems ein und ist bekannt für seine hervorragende Logik und seinen schneidenden Witz.

Das Handwerk ist das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. Deshalb steht Denny Jankowski für „Meister statt Master“. Unser Bildungssystem wurde von der roten Landesregierung komplett an die Wand gefahren, deshalb muss hier aufgeräumt werden! Stundenausfall, zu wenige Lehrer, überfüllte Klassen und marode Schulgebäude sind eine Schande für das Land aus dem Johann Wolfgang Goethe, Ernst Abbe oder Ferdinand Sauerbruch kommen! Auch zu den kommenden Landtagswahlen tritt Denny Jankowski wieder an.
Zu seinem Team gehören Wiebke Muhsal und Tim Beutler.

Wiebke Muhsal ist Juristin und Mutter von fünf Kindern. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern der ersten AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, wo sie sich für die Rechte von Familien stark gemacht hat.

Deshalb ist es ihr auch ein Anliegen gegen den Genderwahn und den Transhype zu kämpfen. Für Wiebke Muhsal sind Transfrauen keine Frauen, sondern Männer in Kleidern und haben nichts an Thüringer Schulen und schon gar nichts auf Damentoiletten zu suchen. Frauen und Familen müssen nicht nur vor linker Ideologie sondern auch vor der massenhaften illegalen Einwanderung geschützt werden. Geschlossene Grenzen verhindern Gewalt! Nach einer Mutterpause tritt sie im kommenden Jahr auch wieder zur Landtagswahl an. Wie auch Denny Jankowski ist sie Stadtrat in Jena und bietet dort regelmäßig den roten und grünen Abgeordneten Paroli.

Tim Beutler ist Historiker und auch er tritt zur Landtagswahl im kommenden Jahr an. Besonders wichtig sind ihm lebenswerte Dörfer. Als Jäger tritt er für einen pragmatischen Naturschutz ohne linksgrüne Klimaideologie ein. Für ihn bestehen Wälder aus Bäumen und Sträuchern, nicht aus Windrädern und Beton.

Durch sein Studium hat er erleben müssen, dass die angeblich so toleranten Linken ein extrem schmales Weltbild haben und nicht nur andere Meinungen ausgrenzen, sondern auch aktiv Straftaten begehen, um ihren Willen durchzusetzen. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Klimaklebern oder den Hörsaalbesetzern, die an der Universität in Jena für den Erhalt der „Geschlechtergeschichte“ wichtige Räume besetzten. Im Landtag wird er sich deshalb auch für die Freiheit der Wissenschaft einsetzen.

Bürgerbüro Denny Jankowski:

Rudolf-Breitscheid-Str. 4
07768 Kahla

Öffnungszeiten:

Di: 10-15 Uhr
Mi: 9-15 Uhr
Do: 10-15 Uhr

Termine können auch gern individuell vereinbart werden.

buero-jankowski@afd-thl.de

0152 56490672

Denny Jankowski und seinem Team ist es immer wieder ein Freude, zusammen mit Prof. Kaufmann Veranstaltungen zu organisieren. Die Zusammenarbeit funktioniert seit Jahren und ist immer reibungslos. Für Fragen und Anregungen von Bürgern haben wir immer ein offenes Ohr.

Wenn Sie meine Zeitung bis hierher gelesen haben, dann machen auch Sie sich wahrscheinlich große Sorgen um unser Land.

Doch Sie können etwas tun gegen wirtschaftlichem Niedergang, Bevormundung freier Bürger und unkontrollierte Massenmigration. 35.000 Menschen sind bereits Teil dieser starken Gemeinschaft zur Erneuerung unseres Landes. Und es werden täglich mehr.

Werden Sie Mitglied der AfD

Besuchen Sie mich auch im Netz!

www.facebook.com/afdkaufmann
www.twitter.com/kaufmannafd
www.instagram.com/kaufmannafd
www.youtube.com/@prof.dr.michaelkaufmannmdb830
t.me/kaufmannafd
www.tiktok.com/@kaufmannm

Die nächste Kaufmann aktuell erscheint im März/April 2024. Auflage 40.000 Exemplare. Für Leserbriefe oder Anzeigen wenden Sie sich bitte an Falko Graf unter:0157-53594614 oder kontakt@kaufmann-michael.de
V.i.S.d.P. und Kontakt: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, MdB Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1 - 11011 Berlin,Tel.: +49 (0)30 227 73557 - Fax: +49 (0)30 227 23 73557, E-Mail: michael.kaufmann@bundestag.de
Redaktion: Ingo Schreurs - Herausgeber: MeinBlaues, Inh. Melanie Berger, Albersdorf 28 - 07980 Berga/Elster; Bildnachweise: Privatbilder, Canva, pixabay, B.B.